

Wir brauchen soziale Tarife

Strom, Wärme und Wasser sind für alle Menschen lebensnotwendig. Wer das ausnutzt und überhöhte Preise verlangt, bringt Mitbürger mit geringem Einkommen in existenzielle Bedrängnis. Das darf bei unseren Stadtwerken



aber nicht sein, denn ein mehrheitlich städtisches Unternehmen muss auch die sozialen Folgen beachten.

Der Gesellschafteranteil der Stadt und ihrer Bürger beträgt 51 Prozent. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung für eine sozialverträgliche Preis- und Tarifgestaltung.

Die BÜFEP tritt dafür ein, dass der Stadtrat die Stadtwerke dazu verpflichtet, Sozialtarife einzuführen und einen spürbaren Beitrag zur Bekämpfung der Energiearmut zu leisten.

Aus unserer Satzung:

Das Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik (BÜFEP) setzt sich für eine gerechte und bürgerorientierte Politik ein. Die Arbeit für eine sozial verträgliche Energiepolitik bildet einen Schwerpunkt. Die Belange der Menschen mit geringem Einkommen werden besonders beachtet.

Bürgerinteressen haben Vorrang. Das ist für uns die Richtschnur im Stadtrat.



Wilhelm Zimmerlin

Diplom-Agraringenieur

„Was nützen die Entscheidungen der Stadt den Bürgern tatsächlich? Diese Frage sollte für jeden Stadtrat im Mittelpunkt stehen.“



Gerd Cremer

Diplom-Elektroingenieur

„Die Stadtwerke machen mit den überhöhten Millionengewinnen was sie wollen. Sie müssen vom Stadtrat endlich kontrolliert werden.“



Reinhard Nühlen

Selbständiger Handelsvertreter

„Die Stadtwerke müssen Geld an die Sammelkläger zurück bezahlen. Wir wollen erreichen, dass gleiches Recht für alle Bürger gilt.“



Hans Oehler

Dipl. Sozialarbeiter (FH)

„Immer mehr Menschen sind auch bei uns von Energiearmut betroffen. Wir brauchen deshalb soziale Tarife für Strom und Gas.“

Wahl zum Stadtrat am 25. Mai Ihre Stimme zählt

BÜFEP



Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik

BÜFEP

Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik

Unser Name ist Programm



Die BÜFEP arbeitet mit der Bürgerinitiative für faire Energiepreise (BIFEP) Hand in Hand. Wir befassen uns aber auch mit anderen wichtigen stadtpolitischen Themen und wir sind unbequem, sobald wir ein Gerechtigkeitsdefizit zu Lasten der Bürger feststellen.

Mehr Informationen: www.büfep.de

Ihre Fragen an: info@büfep.de

Gleiches Recht für alle Bürger

Das Landgericht Bad Kreuznach hat die Stadtwerke am 1. Februar 2013 verurteilt, insgesamt rund 31.000 Euro an die 20 Sammelkläger zurück zu zahlen. Die Stadtwerke haben gegen das Verbot der ungerechtfertigten Bereicherung gemäß § 812 BGB verstoßen. Laut Landgericht ermöglichen die Preisklauseln eine unzulässige verdeckte Gewinnmaximierung.

Bürgerbegehren unterschreiben

Sind Sie dafür, dass die Oberbürgermeisterin und die städtischen Vertreter in den Organen der Stadtwerke Bad Kreuznach darauf hinzuwirken haben, dass alle Strom- und Gaskunden nach dem gleichen Maßstab wie die Sammelkläger Rückzahlungen erhalten?

Wir brauchen 3.000 Unterschriften

Es ist nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle Bürger“ geboten, auch diejenigen Stadtwerkekunden zu entschädigen, die ihre

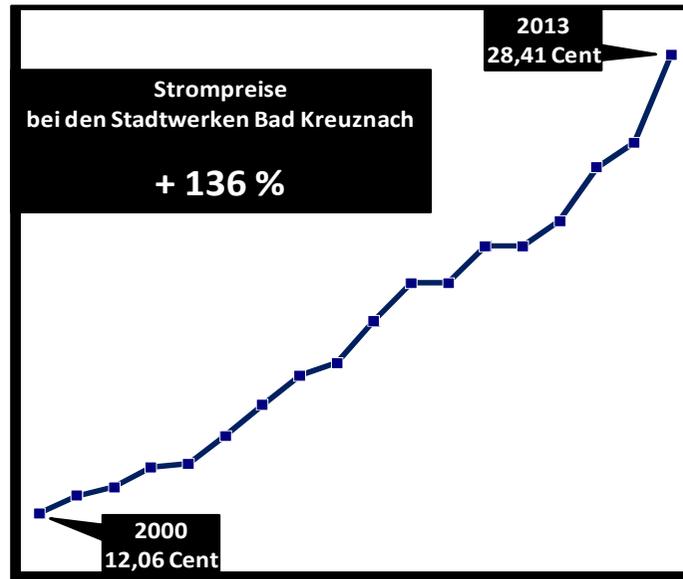


Rechte nicht vor Gericht eingeklagt haben. Der Stadtrat hat am 20. Febr. eine Entschädigung für alle Bürger abgelehnt.

Die **BÜFEP** will, dass die Bürger selbst entscheiden. Mit einem Bürgerentscheid kann die ungerechte Ablehnung des Stadtrates gekippt werden.

Schluss mit der Preistreiberei

Die Strom- und Gaspreise der Stadtwerke sind in den letzten Jahren explodiert. Menschen mit einem geringen Einkommen oder einer kleiner Rente müssen sich im Alltag einschränken, damit sie die Rechnungen bezahlen können.



Der Stadtrat hat sich bisher nicht darum gekümmert und die Bürger regelrecht im Stich gelassen. Im Aufsichtsrat haben die städtischen Vertreter hinter verschlossenen Türen allen Preiserhöhungen kritiklos zugestimmt und damit gemeinsame Sache mit den beteiligten Energiekonzernen RWE und Enovos gemacht.

Die **BÜFEP** verlangt, dass die Geschäftspolitik der Stadtwerke endlich an den berechtigten Interessen der Kreuznacher Bürger ausgerichtet wird.

Bäderfinanzierung ist unsozial

Jedes Jahr werden die Verluste in Höhe von rund 2 bis 3 Millionen Euro, die mit den Sauna- und Luxusbädern erwirtschaftet werden, auf die Strom- und Gaspreise der Stadtwerke aufgeschlagen. Es ist hochgradig unsozial, bei Strom, Gas und Wasser gewinnbringende Preise zu verlangen, nicht jedoch bei den Luxusbädern für gut situierte Besucher.

Die **BÜFEP** fordert, dass diese unsoziale Quersubventionierung der Luxusbäder beendet wird.

Der Stadtrat hat außerdem beschlossen, dass die laufenden Kosten und die Sanierung der öffentlichen Schwimmbäder sowie die Baukosten



für ein neues Kombibad nicht länger aus dem städtischen Haushalt bezahlt werden. Stattdessen müssen die Stadtwerke sämtliche Kosten übernehmen. Dies wird unweigerlich

steigende Strom- und Gaspreise zur Folge haben. Die Stadt spart somit auf Kosten der Strom- und Gaskunden der Stadtwerke.

Die **BÜFEP** hält diese Kostenverlagerung für einen sozialpolitischen Skandal und fordert, dass der Stadtrat seinen Beschluss rückgängig macht.